

## **Thesen zum MIETENPOLITISCHEN RATSCHLAG vom Netzwerk »Leipzig – Stadt für alle«**

Das Netzwerk »Leipzig – Stadt für alle« gibt es seit 2012.

Ausgangspunkt waren erste Entmietungsfälle wie beispielsweise in der Windmühlenstraße oder in der Kochstraße. Seither setzen wir uns ein für demokratische und soziale Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik ein. Wir schreiben Stellungnahmen und Positionspapiere zur aktuellen Stadtpolitik. Wir sprechen auf Podien, geben Interviews und unterstützen betroffene Mieter\_innen. Wir sind zu einer Ansprechpartnerin für Mieter\_innen, Presse, Parteien und die Stadtverwaltung geworden.

Unser Anspruch ist dabei immer, **Mieter\_innenpositionen einzunehmen** und eine **alternative Wohnungspolitik** einzufordern.

Doch was heißt das genau?

Wir haben uns bspw. an der Debatte um das neue Wohnungspolitische Konzept beteiligt und uns dort in den Workshops nach gutem Gewissen für Mieterinnen und Mieter eingesetzt. Dabei mussten wir feststellen, dass in diesen Mieter\_inneninteressen nur in geringem Maße vertreten waren, während die Seite der Vermieter\_innen professionelle Lobbyarbeit machen konnte.

Das muss sich ändern. Denn:

Leipzig ist die am schnellsten wachsende Großstadt in Deutschland, die Zeiten des Leerstands sind vorbei. Im Interesse der Mieterinnen und Mieter muss sich die kommunale Politik der profitorientierten Verwertung des Wohnungsbestandes entgegenstellen.

### **Das bedeutet:**

Wir wollen nicht (nur) „den“ sozialen Wohnungsneubau – sondern eine soziale Wohnraumversorgung, die auch den Bestand in den Blick nimmt. Mieten, die jetzt noch bezahlbar sind, sollen es bleiben!

Wir wollen keine städtebaulichen Aufwertungen, welche die sozialen Folgen nicht mitdenkt – sondern auch Schutz für bestehende Milieus und Mietverhältnisse. Gerade hier könnte die Kommune konkrete wohnungspolitische Instrumente anwenden, die sogar das Gesetz vorsieht (wie z.B. Milieuschutzsatzungen, individuelle Mieter\_innenberatung, ein Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen).

### ***Doch reichen diese kleinen Schritte?***

Letztlich geht es darum, Wohnraum nicht als Ware, sondern als Grundrecht zu begreifen. Deshalb werden wir nicht müde, die Vergesellschaftung von Wohnraum zu fordern.

Wir, von »Stadt für alle«, befinden uns also in einem Spannungsfeld zwischen diesem großen Ziel und kleinteiligen Reformen. Wir glauben aber, dass die 87% der Leipziger\_innen, die zur Miete wohnen, die Macht haben, auch eine grundlegende Neuausrichtung der Stadtpolitik einzufordern.